Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 13 (1993)

Heft: 25

Artikel: Gerät die Ökologie ins Abseits? : Einige Eckpunkte grüner Wirtschaftspolitik

Autor: Heilmann, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651752

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Thomas Heilmann

Gerät die Ökologie ins Abseits?

Einige Eckpunkte grüner Wirtschaftspolitik

Die Ökologiebewegung und die grüne Politik in der Schweiz sind angesichts der gegenwärtigen Rezession mit einer vielschichtigen Problematik konfrontiert, die weit über die dringliche Fragestellung, welches denn das effektivste Rezept zur Krisenbekämpfung sei, hinausgeht.

CH-Grüne: Weder wirtschaftspolitische Vorurteile noch Erfahrung

Politisch erstarkt in der Hochkonjunkturphase der achtziger Jahre kann die grüne Bewegung auf keinen eigenen Erfahrungsschatz in Sachen wirtschaftlicher Antikrisenpolitik zurückgreifen. Es gibt keine erprobten grünen Rezepte, die aus einer noch so verstaubten Schublade gezogen werden könnten (1). In der wirtschaftspolitischen Konzeptbildung müssen sich die Grünen mühsam durch eine Menge von Vorschlägen und ideologischen Versatzstücken von links und rechts durcharbeiten, die meistens nur in einem ganz bestimmten politischen Kontext, der sich von demjenigen der Grünen unterscheidet, Sinn machen. Ökologische Wirtschaftspolitik hat sich bisher vor allem mit dem längerfristigen Umbau des Produktionsapparates befasst, nicht mit dem kurzfristigen konjunkturpolitischen Eingriff; und Wachstumspolitik war für Grüne schon fast selbstverständlich ein Tabu.

Die Grünen befinden sich insofern in einer vorteilhaften Position, als sie völlig unbefangen und frei von der Last der Tradition ihre Wirtschaftspolitik definieren können. Der Mangel an kollektiver Erfahrung und politischer Verantwortung auf wirtschaftspolitischem Gebiet hingegen begrenzt die Kompetenz der Grünen, rasch mit Konzepten in der Öffentlichkeit aufzuwarten. Die Politikfähigkeit der Grünen auf einem erneut aktuell gewordenen Terrain sieht sich dadurch auf die Probe gestellt.

Dies gilt insbesondere in einer Situation, in welcher nach einer längerdauernden Periode der Vernachlässigung der Analyse der schweizerischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nach der EWR-Abstimmung die Antikrisenpolitik in den Vordergrund geschoben worden ist. Alle waren nun gefordert, in Blitzes Eile neue wirtschaftspolitische Akzente zu setzen. Die Deregulierung, die schon in der Phase der Hochkonjunktur zum Leitmotiv der bürgerlichen Wirtschaftspolitik avanciert war, musste nun, bereichert um das Schlagwort von der Revitalisierung, als konjunkturpolitische Kernaussage herhalten. Es tauchte der berechtigte Verdacht auf, die Politik der Krisenbekämpfung diene lediglich dem Zweck, die Medienpräsenz der ewig gleichen Exponenten der "classe politica" zu rechtfertigen. Dies wird durch Vorschläge der Gewerkschaften und der SPS, denen höchstens ein symbolischer Wert zukommt, unterstrichen: Mit einem Impulsprogramm, welches nicht ganz 0,1 Prozent der Gesamtnachfrage der schweizerischen Volkswirtschaft repräsentiert, die Wirtschaft ankurbeln zu wollen, gleicht dem

Versuch, den Ozean mit Hilfe eines Suppenlöffels trockenlegen zu wollen. Die Grünen sehen sich nicht in der Lage, bei diesem wirtschaftspolitischen Schattenboxen zwischen den Bundesratsparteien mitzuhalten, nicht so sehr deshalb, weil sie berechtigte Zweifel am konjunkturpolitischen Pingpong haben, sondern weil ihnen zum Mitspielen das dafür nötige ideologische Rüstzeug fehlt. Ihre diesbezügliche Naivität, die einst etwas Herzerfrischendes hatte, lässt die Grünen in Anbetracht der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit alt aussehen, könnte gekalauert werden.

Das grüne Marktdilemma

Der offizielle wirtschaftspolitische Diskurs ist gekennzeichnet von der Spaltung in Staatsinterventionisten und Marktapologeten. Die aus keynesianischer Sicht monetaristisch-neoliberale Konterrevolution der siebziger und achtziger Jahre ebbt ab und macht dem neuen Interventionsimus Clintons Platz, wogegen auf der schweizerischen Szene die rechtgläubigen Marktwirtschaftler nach dem Nein zum EWR vom 6.Dezember 1992 mit ihren Deregulierungs- und Revitalisierungsparolen noch über starke Abwehrstellungen verfügen. Der wirtschaftspolitische Umschwung scheint die schweizerischen Grünen auf dem falschen Fuss zu erwischen, da sie sich gerade, als der Wind zu drehen begann, dem Markt als Regulator in ökologischen Diensten zuwenden wollten (2).

Ökologische Politik war ja von ihren Anfängen an interventionistische Politik. Mit gezielten Eingriffen - Verboten, Geboten - sollte den Missständen, die sich aus dem ungehemmten Wirtschaftswachstum ergeben, Einhalt geboten werden. Mit dem Ende der achtziger Jahre freilich ist diese Politik in eine Sackgasse geraten. Die wachsende Regelungsdichte fing an, die Möglichkeiten der staatlichen Behörden, die den beschlossenen Gesetzen und Verordnungen Nachachtung zu verschaffen hätten, zu untergraben. In der Umweltbewegung mehrten sich die Stimmen, die sich für marktwirtschaftliche Instrumente zur Durchsetzung ökologischer Anliegen stark machten. Mit der Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Instrumenten war nicht nur die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung für die ökologische Bewegung verbunden, die VerfechterInnen dieser politischen Wende sahen sich auch durchaus im internationalen Trend liegen. Mit der erneuten Wende im Auf und Ab von Staatsintervention und wirtschaftspolitischer Abstinenz, die durch den Amtsantritt der Clinton-Administration nur ihr bemerkenswertestes Signal erhalten hat, stehen die ökologischen Marktwirtschaftler mit ihren guten Argumenten nun plötzlich auf der falschen Seite. Es ist daher keineswegs erstaunlich, dass sich innerhalb des rot-grünen Lagers ökologische Marktwirtschaftler und sozialpolitische Interventionisten in die Haare geraten; und die Antwort der Grünen auf die Frage nach dem Markt, wie sie sich aus der Perspektive der historischen politischen Lager nun einmal stellt und medial aufgemischt wird, lässt deshalb auf den ersten Blick an Unklarheit nichts zu wünschen übrig.

Vollbeschäftigung: ein unbestreitbares Ziel, aber voller Zweideutigkeiten

Wo den ökologischen Problemen nur zweite Priorität zugemessen wird, ist die Frage nach dem Ziel einer Anti-Krisen-Strategie nur allzu schnell beantwortet. Es gilt als selbstverständliches Ziel gleich welcher Antikrisenpolitik, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Dieses Ziel ist unumstösslich, und alles, was ihm dient, ist gut. Für Grüne hingegen ist diese Zielsetzung mit allerlei Sprengsätzen versehen. Machen sie sich das Konzept "Vollbeschäftigung" zu eigen, stellen sie sich implizit in die produktivistisch-fordistische Tradition, aus deren Repertoire es stammt. Vollbeschäftigung heisst im fordistischen Zusammenhang immer auch Ausdehnung der Produktion von langlebigen Massenkonsumgütern, unter der Annahme eines Produktivitätsfortschrittes mithin immer auch damit verbundenes quantitatives Wachstum. Distanzieren sich die Grünen hingegen von der Politik der Vollbeschäftigung, so setzen sie sich dem Odium sozialer Gefühlskälte aus.

Und in der Tat kann ja mit dem einst propagierten Nullwachstum nicht der jetzige krisenhafte Zustand gemeint gewesen sein. Anders gesagt: Arbeitslosigkeit ist ein sozialer Missstand, der nicht ins sozial-ökologische Weltbild passt; jedoch widerspricht diesem Industrialismus-kritischen Weltbild auch die traditionell keynesianische Rezeptur, welche die Frage nach dem qualitativen Sinn der Produktion auslässt, weil eben Probleme der Produktion an sich im Zentrum stehen (3). Da ökologisches Wirtschaften nie vom Systemzusammenhang "Natur-Wirtschaft" abstrahieren, d.h. sich nie ausschliesslich auf die wertmässigen Zusammenhänge beschränken darf (4), kann für sie Vollbeschäftigung als Funktion "autonomer Investitionen", als eines ausschliesslich auf der Ebene der Werte angesiedelten Konzeptes keine Zielsetzung sein. Bündnispolitisch entsteht hier in rot-grüner Perspektive ein Zielkonflikt. Denn die rote Seite dieses Bündnisses muss an einer Vollbeschäftigungspolitik als dem Kern einer Politik des Preises der Arbeit festhalten. Die Frage stellt sich, ob sich demgegenüber das Konzept "sinnvoll Produzieren" nicht viel eher mit der gesellschaftspolitischen Grundvorstellung des "partage du travail", die u.a. von der fortschrittlichen christlichen Soziallehre wiederaufgenommen wird, verbinden lässt (5).

Strickmuster zur Krisenerklärung

Es könnte argumentiert werden, die Rezession sei für die Grünen kein Anlass, ihre wirtschaftspolitischen Prioritäten zu überprüfen. Sie könnten es den in der Regierungsverantwortung stehenden Kräften überlassen, die Wirtschaft wiederanzukurbeln, während sie sich dann der Kritik der ökologischen Auswirkungen dieser Ankurbelungsprogramme widmeten. Diese Haltung hiesse aber angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ihrer voraussichtlichen längeren Dauer sich von der Politik überhaupt verabschieden. Aber für die schweizerischen Grünen geht es nicht nur darum, wirtschafts-

politische Präsenz zu markieren, um nicht in politischer Bedeutungslosigkeit zu versinken. In der Folge soll über diesen politisch-pragmatischen Aspekt hinaus dargelegt werden, dass aus grüner und ökologischer Sicht spezifische Beiträge zur Überwindung der aktuellen rezessiven Phase zu leisten möglich sind. Es ist hier nicht ausführlich nachzuweisen, inwieweit die konkrete Form der jetzigen Krise sehr viel mit dem auch aus Umweltperspektive parasitären Boom der Reagan/Thatcher-Aera oder den katastrophalen Folgen des Monetarismus zu tun hat. Drei Hinweise dazu müssen genügen.

1. Seit der Erdölkrise von 1973 haben die OECD-Staaten die zentrale Stellung der natürlichen Ressourcen zum Angelpunkt ihrer globalen Wirtschaftspolitik gemacht. Es ist ihnen seither gelungen, auf politischem Weg die Preise für praktisch alle wichtigen Rohstoffe zu senken. Besonders gravierend ist in diesem Zusammenhang die relative Senkung der Energiepreise, die eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Internationalisierung ermöglichten, und zwar nicht zuletzt auf der Basis des internationalen Lohngefälles, welches durch Transportkosten, die kaum ins Gewicht fallen, nicht kompensiert wird. Eine solche Internationalisierung, die sich nicht an wirklichen Produktivitätsunterschieden oder -gewinnen und den unterschiedlichen natürlichen und kulturellen Produktionsvoraussetzungen festmacht, trägt immer den Stempel der Zufälligkeit und des Spekulativen.

In Europa zeigt sich dieses Phänomen an der gegenüber dem Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion stark überproportionalen Ausdehnung des Transportvolumens. Dies gilt selbstverständlich auch für die interkontinentalen wirtschaftlichen Beziehungen. Der künstlich niedrig gehaltene Preis der natürlichen Ressourcen (6) ermöglicht also globales Sozialdumping. Auf der Einkommens- und Nachfrageebene bedeutet dies aber letztlich Ausdehnung der materiellen Produktion ohne entsprechende Schaffung von nachfragewirksamem Einkommen. Die Produktionsverlagerung aufgrund von reinen Lohnkostenvorteilen, die weit über das rationale Mass der Produktivitätsunterschiede hinausgehen, führt zur Verengung der Märkte. Die gemeinschaftliche Verfolgung der kurzfristigsten Kapital- und Konsum-Einzelinteressen hat die wirtschaftliche Substanzerhaltung untergraben.

2. Übernahmen und Fusionen sind bei der Anlage grosser Gelder vielfach an die Stelle der produktiven Investitionen getreten; und von den Investitionen, die in der Grossindustrie getätigt worden sind, dienten auch während der Boom-Jahre ein grosser Teil ihrerseits nicht der Ausdehnung der Beschäftigung, sondern dem produktivitätsorientierten Stellenabbau. Das US-amerikanische Beschäftigungs-"Wunder" der Reagan-Jahre fand praktisch ausschliesslich in schlecht bezahlten Bereichen der Dienstleistungswirtschaft statt und nicht im industriellen Sektor.

3. In den Vorkrisenjahren erlebte der Dienstleistungssektor einen Informatik-Schub, der sich vorerst noch nicht in einem Beschäftigungsabbau auswirkte, im Gegenteil. Die Beschäftigung dehnte sich sowohl im eigentlichen Dienstleistungsbereich - sowie in den hochqualifizierten Sektoren -

als auch innerhalb des Overhead-Bereichs des industriellen Sektors aus. Doch im Hintergrund legte die Computerisierung, die in der Schweiz ein im internationalen Vergleich überdurchschnittliches Ausmass angenommen hatte, die Basis für eine Produktivitätsrevolution und danach folglich für einen Beschäftigungsverlust. Im Dienstleistungsbereich läuft ein zum Akzeleratorprinzip analoger Prozess ab: Die Investitionen in die Informatik führen vorerst zu einer wachsenden Nachfrage nach Beschäftigung in diesem Bereich, obwohl diese Investitionen die Verringerung des Gemeinkostenblocks bezwecken. Nach Abschluss einer ersten Einführungsphase der neuen Generation von Investitionsgütern bricht der durch diese Einführungsphase erzeugte Boom zusammen (7). Die in der neuen materiellen Struktur des administrativen Prozesses auf allen Ebenen angelegte Produktivitätszunahme schlägt in einen massiven Beschäftigungsabbau um, ohne dass dadurch die Leistungsfähigkeit dieses Bereichs in irgendeiner Form eingeschränkt würde. Gesamtwirtschaftlich hingegen wirkt sich dieser Prozess als Nachfragerückgang aus, was in einen kumulativen wirtschaftlichen Niedergangsprozess einmünden kann.

Eckpunkte einer grünen Wirtschaftspolitik

Eine Politik der Krisenbekämpfung, die nicht den Versuch unternimmt, die zyklenspezifischen Krisenbedingungen zum Ausgangspunkt zu machen, ist mit Bestimmtheit zum Scheitern verurteilt. Das historische Missverständnis der jetzigen Keynes-Neuauflagen besteht darin, die keynesianischen Rezepte nicht im fordistischen Zusammenhang zu positionieren, sondern sie für überhistorische Wahrheiten zu nehmen (8) . Eine grüne Wirtschaftspolitik muss demgegenüber den relativen Preisen der natürlichen Ressourcen, besonders der Energie, dem Produktivitätsfortschritt im Dienstleistungs- und administrativen Bereich und den qualitativ neuen Aspekten der neuen Technologien Rechnung tragen. Hinzu kommt, dass Politik immer in einem bestimmten Rahmen, bezogen auf ein bestimmtes Territorium und eine bestimmte Bevölkerung gemacht wird; so auch die Wirtschaftspolitik. Einzubeziehen sind also auch Faktoren wie die Begrenztheit des schweizerischen Wirtschaftsraumes und die Aussenhandelsabhängigkeit dieses Wirtschaftsraumes, welche internationale Konkurrenzfähigkeit unabdingbar macht.

Leitidee einer grünen Wirtschaftspolitik in der Schweiz muss ein *umwelt-* und *sozialverträgliches Produzieren* sein, das der Überwindung der globalen Umweltkrise und einer unter dem Nord-Süd-Aspekt gerechten Weltwirtschaft dient. Konkret heisst dies z.B., dass sich die schweizerische Exportwirtschaft auf die Produktion von Gütern mit hohem Informations- und niedrigem Energie- und Rohstoffgehalt orientiert bzw. auf die Produktion von materiellen und immateriellen Produktionsmitteln zur Herstellung derartiger Güter. Der Vorschlag zielt aber nicht auf eine traditionelle Industriepolitik nach französischem Muster ab, da eine staatliche Produktion in den technologischen Spitzensektoren im Gegensatz zu Frankreich nicht der

politischen Kultur der Schweiz entspricht; vielmehr wäre an die Schaffung von *Rahmenbedingungen* zu denken, die ein geeignetes Umfeld für ökologisch innovatives Hightech bieten, wozu auch eine entsprechende materielle und kulturelle Infrastruktur gehört. Da zugegebenermassen die Blaupausen einer solchen Infrastruktur gegenwärtig nicht vorhanden sind, wird deren Ausbau nicht das kurzfristige Erfolgsrezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein können. Der Umbau ist mittel- oder langfristiger Natur, so dass in der Zwischenzeit Sofortmassnahmen zur gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit und gegen den gesellschaftlichen Marginalisierungsprozess durchzusetzen wären (Ausdehnung des Job-Sharing; flexiblere Arbeitszeitmodelle (9), garantiertes Mindesteinkommen (10) etc.). Dies könnte den durchaus erwünschten Nebeneffekt haben, dass dieses Land sanft von seinem Leistungsmasochismus Abschied nimmt und Arbeitslosigkeit nicht mehr als individuelles Versagen erlebt wird.

Neue Energie- und Steuerpolitik

Die wichtigste ökologische Rahmenbedingung für eine neue grüne Wirtschaft sind angemessen hohe Energiepreise. Höhere und regelmässig steigende Energiepreise führen nicht nur zu einem vordergründigen Spareffekt, sondern sie bilden auch einen Anreiz für zukunftsgerichtete Innovationen, die der langfristigen Weltmarktpräsenz der schweizerischen Wirtschaft förderlich wären. Zudem dienen höhere Energiepreise der Durchsetzung der Kostenwahrheit im Verkehr, was Transporte zwecks Lohndumping unattraktiver machen dürfte. Dies stärkt im weiteren die regional verankerte Produktion auf Kosten der globalen Massenproduktion und gewisser Auswüchse der lean production. Wird in Betracht gezogen, dass die Sektoren der Massenproduktion auch in der letzten Hochkonjunkturphase keine Ausdehnung der Beschäftigung erfuhren (trotz der immensen Steigerung der physischen Produktion), so ist die Stärkung der regional verankerten Produktion selbst ein Mittel der Beschäftigungspolitik. Die Anhebung der Energiepreise hat im übrigen sektoriell ähnliche Effekte wie protektionistische Massnahmen, nur ohne die damit verbundenen Nachteile beim freien Fluss der Innovationen und Informationen, da höhere Energiepreise ohne staatliches Dazutun "natürlichen" Schutz bieten. Höhere Energiepreise führen zudem zu einer relativen Verbilligung der anderen Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit, was ebenfalls einen erwünschten beschäftigungspolitischen Effekt hat.

Höhere Energiepreise sind indes nur als Folge staatlichen Handelns zu haben, nämlich als steuerliche Belastung der Energie. Konsequent zu Ende gedacht bedeutet dies nicht Lenkungsabgabe auf Energie, sondern die Erhebung der Energie selbst in den Rang eines Steuersubstrates auf gleicher Ebene wie Arbeit oder Kapital. Aus der Sicht der klassischen Nationalökonomie ist die Besteuerung der Energie eine gleich hervorragende Sache wie die Besteuerung der Grundrente, da mit der Energiesteuer ebenfalls die einem natürlichen "Monopol" verdankte Wertsteigerung abgeschöpft wird,

während umgekehrt der staatlich organisierte Verzicht auf angemessene Energiepreise, wie wir ihn heute erleben, der Verschleuderung natürlicher Ressourcen (nicht nur der Energie) Vorschub leistet (11). Die "Energierente" wird heute diffus auf alle Profiteure der niedrigen Energiepreise verteilt. Die von den Grünen vorgeschlagene Volksinitiative "*Energie statt Arbeit besteuern*" hat somit einen wichtigen Platz im Rahmen einer ökologischen Beschäftigungspolitik (12).

Eine weitere Rahmenbedingung für eine international kompetitive Wirtschaft im Hightech-Bereich bilden ohne Zweifel eine intakte Umwelt und ein überdurchschnittliches kulturelles Angebot. Es ist sinnlos, die für das skizzierte Produktionsmodell nötigen hochqualifizierten Arbeitskräfte anzuziehen oder festzuhalten, wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind.

Auf der Suche nach den autonomen Investitionen

Alles deutet darauf hin, dass infolge des Produktivitätsschubes auf längere Frist grössere Überkapazitäten eher die Regel als die Ausnahme bilden werden. Bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit wäre dies die klassische Situation, um mit "autonomen Investitionen" (13) - unter Ausnutzung des Multiplikatoreffektes - zusätzliches Einkommen und zusätzliche Nachfrage zu schaffen, ohne dass die zusätzliche Nachfrage ein Inflationspotential darstellt. Die Frage lautet nur, welcher Art solche "autonome Investitionen" sein sollen. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Ansicht, Bauprogramme schlechthin seien die Lösung, geht es aber jetzt darum, die möglichen staatlichen Investitionsprogramme in Sektoren zu lenken, die Teil der Infrastruktur eines Oeko-Hightech-Produktionsmodelles sind. Eine weitere Nebenbedingung ist der regionale Nachfrageeffekt, da in einer kleinen Volkswirtschaft die Nachfragepolitik immer im Weltmarkt zu verpuffen droht. Als Terrain autonomer Investitionen kämen Institutionen der Grundlagenforschung im erwähnten Sinne in Frage, wo bauliche Aspekte verbunden wären mit einem Nachfragepotential in der Computerdienstleistungsbranche (analog den Zulieferbetrieben im automobilistischen Zyklus der Vergangenheit). Zudem ist anzunehmen, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte ein spezifisches lokales Nachfragepotential repräsentieren, da das qualitativ hochwertige Produkt im Konsum dieser Schichten eine wieder steigende Bedeutung hat (Bioprodukte, qualifizierte Dienstleistungen, kulturelles Angebot, Erholung).

Schliesslich machen sich vermehrt die Mängel in der sozialen Infrastruktur bemerkbar. Die postfordistische Gesellschaft, in erster Linie in den urbanen Zentren, braucht andere Einrichtungen als im Fordismus, der ja auch die Apotheose der Kleinfamilie verkörperte. Die postfordistische Gesellschaft, die zu sich selbst steht, muss sich die soziale Infrastruktur einer immer weniger durch den Arbeitsprozess bestimmten Lebensweise schaffen. Der Individualisierung der Biographien muss eine Diversifizierung des staatlichen Leistungsangebotes folgen, welches der abnehmenden Bedeutung der vom männlichen Versorger dominierten Kleinfamilie Rechnung

trägt. Auch in diesem Bereich gibt es einen grossen Nachholbedarf. Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen von Anstrengungen in diese Richtung liegen wohl auf der Hand. Das führt weiter zum Thema einer angemessenen makroökonomischen Einkommensverteilung, die eben ihrerseits nicht mehr einseitig an die Bedürfnisse der privaten Unternehmen angelehnt sein darf. In der Verfolgung ihrer einzelwirtschaftlichen Interessen, deren Legitimität nicht grundsätzlich infrage zu stellen ist, sind privaten Unternehmen ja immer weniger imstande (wenn sie denn willens wären), der gesamten arbeitswilligen Bevölkerung Beschäftigung unter den gewandelten kulturellen Bedingungen anzubieten. Demjenigen Teil der Bevölkerung, der in einer ökologischen Marktwirtschaft die nicht-marktgängige gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet, ist via staatliche Einkommensbeschaffung (direkt oder über die noch wenige ausgebaute Subventionierung autonom organisierter sozialer Infrastruktur, welche grössere Freiräume und Kreativität ermöglicht) ein gleichberechtigter Zugang zum Marktangebot zu schaffen. Dies ist aber nur durch Abschöpfung von Geldwerten im Steuersystem möglich. Damit wäre der Bogen zurück zur *Energiesteuer* geschlagen, welche sich bei näherem Hinsehen immer deutlicher als *Angelpunkt* des Projektes einer grünen Wirtschaft erweist.

Anregungen zu diesem Artikel haben mir die laufenden Diskussionen im Rahmen der Grünen Partei der Schweiz (GPS) gegeben; insbesondere die Diskussionen um die Plattform der Regierungsratskandidatur von Daniel Vischer im Kanton Zürich, die Hearings mit der grünen Fraktion im Nationalrat unter Teilnahme der Professoren Würgler und Bürgenmeier, von Beat Kappeler sowie von Carlo Jäger, Peter Niggli und Irene Meier.

Anmerkungen

1) In der BRD ist bei den Grünen die wirtschaftspolitische Programmatik bezüglich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit viel weiterentwickelt, insbesondere existieren umfangreiche Arbeiten zur Frage der Arbeitslosigkeit in den fünf neuen Bundesländern (z.B. Alternativen für den ökonomischen Umbau und Ecksteine für den ökologischen Aufbau in den Neuen Bundesländern, Gutachten des ÖKOREGIO-Verein für ökologische Wirtschafts-und Regionalpolitik e.V., Bochum, März 1992). Es geht nun nicht darum den Wert der bundesdeutschen Erfahrungen für die hiesigen Verhältnisse generell zu negieren; in Rechnung zu stellen ist aber m.E. vor allem der Umstand, dass die Arbeitslosigkeit hierzulande auf ein politisch gänzlich unterschiedlich präpariertes Terrain aufgeprallt ist.
2) Die Debatte über den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente oder gar das Konzept einer "ökologischen Marktwirtschaft" sind selbstverständlich keine CH-grünen Erfindungen. Die Literatur dazu ist sehr umfangreich. Viel wichtiger ist in unserm Zusammenhang, dass sich die schweizerischen Grünen erst nach und nach detaillierter mit diesem Themenkreis zu befassen begannen, und dass ein flächendeckender Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Schweiz politisch noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, meines Wissens auch in keinem andren Land, während sich die internationale Elite in erster Linie an Kongressen wohlklingend vernehmen, aber kaum Taten folgen lässt.
3) siehe dazu J.M.Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S.110.
4) Jürg Minsch kritisiert ("Grundlagen und Ansatzpunkte einer ökologischen Wirtschaftspolitik", in: Hans Glauber/Reinhard Pfriem, Ökologisch Wirtschaften, Frankfurt a.M. 1992,

S. 55 ff.) den "unausgesprochenen gesellschaftlichen *Konsens gegen die Natur*"(S.55), den drei Elemente kennzeichnen: "die Annahme vom prinzipiellen Ausnahmecharakter von Umweltbeanspruchung und -schädigung" (durch die Wirtschaft); "ein Kausalitätsideal, das eine adäquate Wahrnehmung der ökologischen Gefährdung behindert oder sogar ausschliesst und schliesslich ein Risikobegriff, der die Wahrnehmung von Grossgefährdungen auf äusserst problematische Weise einschränkt"(S.56). Die Durchbrechung dieses "Konsenses gegen die Natur" ist nun gemäss Minsch die grundlegende Voraussetzung ökologischen Wirtschaftens.

5) siehe dazu "Le Monde diplomatique, März 1993, Dossier "Vers une révolution du travail", vor allem Freyssinet, Jacques: Méfiances des syndicats européens, S.15: "Au sein de la grande majorité des syndicats d'Europe occidentale, le partage du travail suscite des réactions qui vont du scepticisme méfiant à la franche hostilité. Elles résultent de facteurs hétérogènes qui, au total, font que le mouvement syndical accorde plus d'importance aux menaces qu'aux opportunités associées à cette logique. La première source de blocage est de nature idéologique. Le terme même de partage renvoie à la morale chrétienne, ce qui suffit à hérisser les composantes dominantes du syndicalisme européen, héritières de conceptions marxistes ou social-démocrates. Derrière le *partage du travail*, elles voient se profiler celui du chômage ou des revenus, la résignation à la redistribution, entre salariés, de ressources limitées, aux dépens de lutte visant à changer le mode de répartition des richesses et des pouvoirs. Voilà pourquoi, jusqu'à ce jour, seules les confédérations nourries de traditions chrétiennes acceptent de poser le problème en termes de partage."

6) Der Golfkrieg hat somit nicht zum allgemein erwarteten Boom, sondern paradoxerweise in die Krise geführt. Die Erklärungsmuster der vergangenen Zyklen haben ihren Gehalt eingebüsst.

7) Diese Erfahrung macht in drastischer Weise gegenwärtig die Computerbranche.

8) Der Autobahnbau als typisch keyenesianische Massnahme hat eben nicht nur Einkommen geschaffen, ohne gleichzeitig den Markt mit zusätzlichen Waren zu überfluten. Der Autobahnbau hat zudem - und das wird oft übersehen - einen wichtigen Teil der Infrastruktur geschaffen, die dem Fordismus erst seinen Sinn geben konnte: das Auto als Massenkonsumgut. - Bauer et al. reden in der Roten Revue 1/93 ("Ist John Maynard unser Steuermann?") einem ökologisch-orientierten Keynesianismus das Wort: "Konjunkturpolitische Massnahmen müssen nicht nur umweltverträglich sein, sondern sie sollen vorrangig zum Ausbau des Umweltschutzes beitragen"(S.7). Dem kann bis zu einem bestimmten Punkt zugestimmt werden, wo es z.B. um die Förderung der Hausisolation geht etc.; jedoch ist Umweltschutz gerade grundsätzlich nicht als Bau-Aufgabe zu verstehen. Das erinnert allzu sehr an die Illusion vom technischen Umweltschutz. Ökologisches Wirtschaften ist nicht ein *"zusätzliches" Wirtschaften*, eine zu erbringende gesellschaftliche Mehrleistung, sondern ein *anderes Wirtschaften*. Und dies ganz offensichtlich nicht nur, was den Gebrauchswertcharakter der Produktion, sondern auch was die längerfristig gesellschaftliche Organisation des Wirtschaftsprozesses betrifft.

9) Eine Zürcher GP-Kantonsrätin hat einen interessanten parlamentarischen Vorstoss lanciert, in welchem sie die Regierung auffordert, die Stellenpläne der gesamten Verwaltung in 50%-Stellen aufzuteilen, was Job-Sharing und Teilzeitarbeit auch in hochqualifizierten Bereichen der Administration ermöglicht.

10) Siehe dazu Niggli, P., 1992: "Krise des Sozialstaates" und Garantiertes Einkommen. In: Widerspruch, H.23, Zürich, S.41-54.

11) Ich kann der Argumentation von Claus Thomasberger in: Ökosteuern als Mittel des ökologischen Umbaus? (Argument, H.197, Berlin 1993, S.47 ff.) nicht folgen. Als Argument gegen Ökosteuern bringt er deren geringe Verbreitung: "...ist die ursprüngliche Euphorie über die Möglichkeiten der umweltpolitischen Steuerung durch Öko-Steuern in der Zwischenzeit längst verschwunden. Der faktische Einsatz ökonomischer Instrumente - sei es auf bundesdeutscher oder europäischer Ebene - ist weit hinter den Erwartungen

zurückgeblieben"(S.47). Als ob der Nicht-Einsatz unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen ein Argument gegen die prinzipielle Tauglichkeit eines Instrumentes wäre - und als ob die nicht-ökonomischen Instrumente gegenüber den ökonomischen soviel glanzvollere Resultate aufzuweisen hätten. Auf theoretischer Ebene mag die Beziehung, die Thomasberger zwischen der Höhe etwa einer Energiesteuer und den durch den Energieeinsatz verursachten externen Kosten herstellt und als offenbar "gerechten" Massstab für eine solche Steuer unterstellt, nicht zu überzeugen. Zum einen hat selbstverständlich jeder spezifische Energieeinsatz unterschiedliche externe Kosten zur Folge, die ja nicht durch differenzierte Steuern zu decken wären; zum andren aber dient der Hinweis auf die externen Kosten vernünftigerweise nur dazu, die Erhebung einer Steuer z.B. auf dem Ressourcenverbrauch zwecks Vermeidung und nicht zwecks Deckung der externen Kosten zu rechtfertigen. Der ganze theoretische Apparat zur Ermittlung der genauen Höhe der externen Kosten erübrigt sich. Hier spielt Thomasberger offensichtlich sein unbestreitbares wirtschaftstheoretisches Wissen einen Streich.

12) Unter dem Titel "Energie statt Arbeit besteuern" hat die partei-interne Kommission für Finanz und Wirtschaft der schweizerischen Grünen eine Dokumentation erarbeitet, die die verschiedenen Aspekte des Initiativprojektes ausleuchtet. Erhältlich ist diese Dokumentation beim Sekretariat der GPS, Marienstr. 11, 3005 Bern.

13) Der Begriff der "autonomen Investitionen" wurde von John R.Hicks (A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1950) eingeführt, ist aber implizit wesentlicher Teil der keynesianischen Konjunkturpolitik; Keynes selbst sprach von "socialisation of investment". "Autonom" heissen die von der öffentlichen Hand getätigten Investitionen, weil und insofern sie nicht dem wirtschaftlichen Kreislauf selbst entspringen. Sie haben eine zusätzliche Einkommenswirkung mit einem Multiplikatoreffekt. Werner Hofmann (Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1966) fasst das Konzept wie folgt zusammen: "Die 'autonome' Investition soll vom Typus der Erweiterungsinvestition sein, und sie soll einen möglichst grossen Einkommenseffekt mit einem möglichst geringen künftigen Angebot an marktgängigen Waren verbinden. Dies ist...etwa bei Investitionen in der "Infrastruktur" der Nationalwirtschaft der Fall: beim Bau von Strassen, Schulen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden. Hier werden materielle und andere Vorleistungen absorbiert und Einkommen vermittelt, ohne dass es zu einem späteren Marktangebot von Waren kommt. Am wirkungsvollsten ist in dieser Hinsicht natürlich die Investition für gänzlich unproduktive Zwecke." (S.250 f.).Das Absehen von dem, was Hofmann den "Produkt-Effekt" einer Investition nennt, halte ich - wie oben ausgeführt - für den Ausgangspunkt einer zu kritisierenden Enthistorisierung der Keynesschen Theorie, mithin zu deren Vulgarisierung.